

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 M., monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Porto inbegriffen.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in d. H. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgehaltene Preizettel kostet 15 Pfennig, die Reklamezettel 30 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birtenwerder.

Nr. 66

Dienstag, den 10. Juni 1913

12. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält eine Beilage.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die über das Gehöft des Gastwirts Ganschow in Borgsdorf verhängte Sperre wird hierdurch aufgehoben. Birtenwerder, den 6. Juni 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Hierdurch ordne ich an, daß die Räumung des Briefeschließes von der Einmündung des Fließes in die Havel bis zum Rahmersee bis 30. Juni von den Räumungspflichtigen zu erfolgen hat. Die Räumungspflichtigen werden demgemäß aufgefordert, die Räumung in der festgesetzten Frist gründlich bis zur Sohle auszuführen und dabei insbesondere alles Kraut und Wurzelwerk, sowie alle den Wasserlauf hemmenden oder beeinträchtigenden Sträucher zu entfernen.

Die bei der Räumung zu entfernenden Gegenstände dürfen nicht dem Strom übergeben, sondern müssen gleichzeitig nach beiden Ufern hinausgeworfen und mindestens 1 m von dem oberen Uferende entfernt niedergelegt werden.

Nach Ablauf der Frist wird eine Prüfung der Arbeiten durch die Schaukommission vorgenommen werden, und haben diejenigen Räumungspflichtigen, welche vorstehender Aufforderung nicht oder nicht genügend nachgekommen sind, die Ausführung der unterlassenen Arbeiten auf ihre Kosten zu gewärtigen. Außerdem wird gegen dieselben eine Strafe festgesetzt werden.

Birtenwerder, den 28. Mai 1913.

Der Vorsitzende der Briefeschaukommission Kühn, Amtsvorsteher.

Bekanntmachung.

Im Hause Hauptstraße 33 ist sofort eine Wohnung im Erdgeschoss, bestehend aus 3 Zimmern, 1 Küche, Stall und Zubehör zu vermieten. Nähere Auskunft darüber wird im Rathaus, Zimmer 6, erteilt.

Birtenwerder, den 2. Juni 1913.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Schönfließ.

Bekanntmachung.

Bei dem Forsthaus B. Rohrbach, in Forsthaus Briefelhaus bei Frohnau wohnhaft, hat sich ein schwarzer Schäferhund angefundnen.

Er trägt die Steuermark Nr. B. 5019 1912.

Schönfließ Bez. Berlin, den 2. Juni 1913.

Der Amtsvorsteher. J. W. Resin.

Preffestimmen zu den preußischen Landtagswahlen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Preußen fanden bekanntlich am 3. bzw. 4. Juni statt. Dies Ereignis wurde natürlich in allen Tagesblättern besprochen, weshalb wir im nachfolgenden unseren Lesern eine kleine Auswahl aus den Urteilen einiger größerer Tageszeitungen aus verschiedenen Bundesstaaten und Parteierichtungen bieten.

Unter dem Titel „Der zweifelhafte Freund des gleichen Wahlrechts“ schreibt die konservative Berliner „Kreuzzeitung“:

„Die Hauptveränderung ist die, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von den edlen Sechsen auf edle Zehn angewachsen ist, also ihren Besitz beinahe verdoppelt hat. Und das ist das nicht zu leugnende Verdienst der fortschrittlichen Volkspartei: Den Dank dafür spricht ihr der „Vorwärts“ in aller Deutlichkeit aus. Er wendet sich gegen die optimistische Annahme, daß die Sozialdemokratie schließlich doch durch ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken gelingen werde, das schwache Dreiklassenwahlrecht zu stürzen.“

Im Interesse der Industrie begrüßt die freikonserervative „Post“ den Ausgang der Wahlen mit den Worten:

„Als erfreulich möchten wir den Eingang einer stattlichen Reihe Industrieller in das Abgeordnetenhaus bezeichnen, die, im Gegensatz zu der mangelnden Vertretung im Reichstage, diesem eminent nötigen Zweige unserer Volkswirtschaft eine feiner Bedeutung angemessene Berücksichtigung sichern. Namen wie Hirsch, Beumer, Borchert, Macco, Spitzig, Schmedding, Halencioer, Knape u. a. bürgen dafür, daß die Industrie wie bisher im preußischen Abgeordnetenhaus die ihr gebührende Wertung erfährt.“

Eines der führenden Zentrumsblätter, die „Schlesische Volkszeitung“, geht mit der fortschrittlichen Volkspartei wegen des Bündnisses mit der Sozialdemokratie scharf ins Gericht, indem es bemerkt: „Die nationalliberale Partei sollte jetzt doch endlich wissen, wozu sie bei Wahlen gehört. Sie verbündete sich mit dem Fortschritt und ließ sich von ihm das schriftliche Versprechen geben, mit der Sozialdemokratie nicht zu paktieren. Der Fortschritt brach jedoch die Waffenbrüderschaft und ging zu dem „Umsturz“ über; der nationalliberale Kandidat blieb auf der Strecke. Wenn die nationalliberale Partei für die Zukunft noch als national gelten will, wenn sie die Befestigung des Grundgesetzes von Treu und Glauben auch in der Politik fordert, dann kann und darf sie keine Gemeinschaft mit dem Fortschritt mehr haben, der die Rolle des Verräters ihr gegenüber ausspielt.“

Die nationalliberale „Königliche Zeitung“ erfreut sich des Erfolges ihrer Partei, indem sie sich also äußert:

„Wenn man so bedankt, daß eine rührige Agitation im Volk nicht stattgefunden hat und sich auch nicht geltend machen konnte, so ist der Erfolg, den die Nationalliberalen bei diesen Landtagswahlen zu verzeichnen haben, groß zu nennen. Sie haben mehr Mandate gewonnen als irgendeine der anderen Parteien, und sie haben diese Mandate unter sehr schwierigen und deshalb für sie besonders ehrenvollen Bedingungen gewonnen. Mit dem Freistimmverband sie zwar ein Bündnis, und beide Teile können mit dem Ergebnis dieses Zusammengehens sehr zufrieden sein; aber darüber hinaus führten die Nationalliberalen nach der radikalen Linken den Kampf genau so schnell wie gegen die Parteien der Rechten und gegen das Zentrum. Nur in wenigen Wahlkreisen waren alte Beziehungen noch so lebendig, daß nationalliberale Wähler von vornherein für konservative Wahlmänner und Kandidaten eintraten.“

„Kam ein Erfolg!“ überschreiben die alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ihre Wahlbetrachtung und nehmen sich besonders das zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie geschlossene Wahlbündnis vor.

„Das eigentliche Merkmal des preußischen Wahlkampfes hat der Versuch gebildet, zwischen dem Freistimm und den Genossen eine Entente cordiale zu schaffen. Denn zu einer solchen Ehe, wie das „Berliner Tageblatt“ sie wünschte, hat es doch nicht gereicht. Warum denn auch der „Vorwärts“ alsbald in seiner Wahlbetrachtung mit der liebenswürdigen Bemerkung quittiert, daß der Freistimm der zweifelhafteste und schwächste Freund und Verbündeter des gleichen Wahlrechts ist, der sich denken läßt. Er habe auch nicht aus Liebe den Genossen drei Mandate vor den Toren der Reichshauptstadt zugehängt, sondern weil er sonst eine Reihe von Sitzen verloren und also ein spottähnliches Geheiß gemacht hätte. Daß der Freistimm trotzdem nur einen Sitz gewonnen hat, bedeutet kaum einen Erfolg, den man als blendend bezeichnen könnte.“

Das Wahlergebnis wird von der freistimmigen „Vossischen Zeitung“ folgendermaßen resümiert:

„Im ganzen: kein Erfolg, von dem Räumens zu machen wäre, aber angesichts der Stimmungsmacherei im Jubiläumsjahr und bei der ungleichen Verteilung von Licht und Blind wenigstens ein Ergebnis, dessen sich die Gegner der schwarzblauen Reaktion nicht zu schämen haben.“

Während der Berliner sozialdemokratische „Vorwärts“ in seinem Artikel die Enttredung der breiten Volksmassen dem Wahlmodus vom Vorwurf macht, sieht sein Bruderorgan, die „Münchener Post“, mit irribem Blick in die Zukunft:

„Also das Resultat: Ein paar Sozialdemokraten mehr und machende Veränderung unter den bürgerlichen Parteien wegen des fortschrittlichen Verrats an der konservativen Sache. Aber das wichtigste ist das nicht. Nur Kinder könnten sich über solche kaum mikroscopisch sich baren Fortschritte freuen und dabei übersehen, daß das Ganze der Wahlen im Zeichen des starren Stillstandes steht. Ober- und Niederbarntum und Schöneberg interessieren uns, Darlehnen und Schloßbluten, Alleenfinn und Schloßhaus interessieren uns weniger, aber sie sind entscheidend. Es kommt nicht darauf an, ob im Winkel hinten auf der äußersten Linken sechs oder zehn Sozialdemokraten sitzen. Die Frage ist nur, ob von dem neugewählten Landtag ein entscheidender Bruch mit dem Dreiklassenwahlrecht zu erwarten ist. — Und das ist nicht der Fall!“

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Die Kaiserin wird nach den jüngsten Dispositionen nicht, wie zuerst in Aussicht genommen war, am 5. Juli in Wilhelmshöhe eintreffen, sondern, wie der „Tag“ meldet, erst in der ersten Hälfte des Monats August, da sie sich vorher zuerst nach Bad Somburg v. d. S. begibt. Aber auch dann dürfte der Sommeraufenthalt der Kaiserin in Wilhelmshöhe in diesem Jahre von kürzerer Dauer sein und sich nur bis Ende

August erstrecken. Die erwähnten Veränderungen im Reiseprogramm der Kaiserin werden mit den Dispositionen über die Nordlandreise des Kaisers und auch damit begründet, daß die jungvermählte Prinzessin Viktoria Luise, die immer sehr gern in Wilhelmshöhe weilt, in diesem Jahre ihre Mutter nicht begleitet.

Das kaiserliche Prinzregentpaar fuhrte von seinem Antrittsbesuche am Wiener Hofe wieder nach München zur A.

In der Thronfolgefrage im Herzogtum Braunschweig veröffentlichte die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ eine Erklärung der Landesregierung, in der gelagt wird, daß am 31. Mai eine Sitzung des Ausschusses der Landesversammlung stattgefunden habe. In dieser Sitzung habe der Staatsminister Horwitz mit Zustimmung des Reichsanstalters den Mitgliedern des Ausschusses vertrauliche ausführliche Mitteilungen über die Verhandlungen gemacht, die zwischen dem Reichsanstalt und dem Staatsminister wegen der politischen Zukunft des Landes stattgefunden haben. Alle Vorgänge von politischer Bedeutung für die Regelung der Thronfolge im Herzogtum erfolgten unter Mitwirkung der herzoglichen Landesregierung.

Der Wehrbeitrag der Bundesfürsten. Trotz des Widerpruches der Regierung gegen die Aufnahme des Wehrbeitrages der Bundesfürsten in das Gesetz soll, der „Tgl. Rdsh.“ zufolge, doch Aussicht dafür vorhanden sein, daß die Bundesfürsten sich mit dieser Aufnahme ihres Beitrages in das Gesetz einverstanden erklären werden. Dagegen ist eine entschiedene Ablehnung zu erwarten, falls der Haushaltsausschuß es unternehmen sollte, die bei dieser Gelegenheit festgesetzte Wehrpflicht der Bundesfürsten durch Bestimmungen in einer anderen Vorlage zu einer dauernden Steuerpflicht zu machen.

Die Budgetkommission kam in ihren beiden Sitzungen vom 6. Juni zunächst zur Entscheidung über den Wehrbeitrag vom Einkommen. Ein Einkommen bis 50 000 M. wird mit seinem sechsfachen, von 50 000 bis 100 000 M. mit seinem achtfachen, über 100 000 M. mit seinem zehnfachen Betrag, über 200 000 M. mit seinem zwölffachen Betrage in Anschlag gebracht. — Beträgt das veranlagte Einkommen weniger als 5000 M., so wird das Einkommen nur dann berücksichtigt, wenn es einem beitragspflichtigen Vermögen hinzuzurechnen ist. Die Frage der unteren Vermögensgrenze wurde geregelt durch die Festlegung, daß Vermögen unter 10 000 M. ganz frei bleiben, Vermögen von 10- bis 50 000 M. bei einem gleichzeitigen Einkommen von 5000 M. und Vermögen von 30- bis 50 000 M. bei einem gleichzeitigen Einkommen von 3000 M. befreit werden. Das Vermögen der Ehegatten wird für die Veranlagung zusammenzurechnen, sofern sie nicht dauernd voneinander getrennt leben. Die Ehegatten sind, falls ihr Vermögen zusammenzurechnen ist, der Staatskasse gegenüber als Gesamtschuldner der Abgabe verpflichtet. Wenn der Beitragspflichtige ein Vermögen unter 200 000 M. hat oder ein geringeres, aber mehr als zwei Söhne, so ermächtigt sich der Wehrbeitrag für den dritten und jeden weiteren Sohn, der seine gesetzliche Dienstpflicht beim Heer oder der Flotte abgeleistet hat, um je zehn vom Hundert seines Betrages. Die Beitragsermäßigung tritt auch ein, wenn die Ableistung der Dienstpflicht noch im Jahre 1914, 1915 und 1916 erfolgt. — Als maßgebend für die Beitragspflicht und die Ermittlung des Vermögenswertes, m. a. W. als Sichttag, wurde der Stand vom 31. Dezember 1913 festgelegt. Dann trat man in die Beratung darüber, wie der Ertragswert bei Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben zur Wehrpflicht heranzuziehen sei. Es lagen eine Reihe Anträge auf diesem Punkte vor, nach deren Verteilung die Sitzung auf den 7. Juni vertagt wurde.

Die medienbürgische Verfassungsreform muß auch dieses Mal als gescheitert gelten; denn am 6. Juni wurde der außerordentliche Landtag durch großherzogliche Verfügung auf den Herbst dieses Jahres vertagt. Nach am 3. Juni hatte der Minister Graf Bassewitz erklärt, daß die Regierung, wenn auch die neueste Kompromißvorlage nicht angenommen werde, eine Verfassungstronerie werde. Darauf erklärten Ritter und Bürgermeister abwechselnd die Regierung für unwürdig jedes Vertrauens! Nun antwortete diese mit der Vertagung.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft nahm am Donnerstag in ihrer Schlußsitzung zu Breslau einen Antrag an, die deutsche Arbeiterschaft mehr als bisher über die Bedeutung und den Wert der kolonialen Bestrebungen aufzuklären. Nach einem Referat des Kapitäns z. S. a. D. von Buslau über die Verwendung von Güterzeugnissen in den Kolonien, wurde sein Antrag, den Reichstagsrat und den Reichstag um Einstellung der erforderlichen Mittel in den Etat zu bitten, um angesichts des zielbewußten Vorgehens von Frankreich, Italien und anderen Kolonialmächten mit der Organisation des Land- und Wasserflugwesens in